

**Bundessymposium  
„Die Mitte: Deutschlands Zukunft!“**

Prof. Dr. Kurt J. Lauk MdEP  
Präsident des Wirtschaftsrates der CDU  
e.V.

Eröffnungsrede  
(nach Tonaufzeichnung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein ganz herzliches Willkommen von meiner Seite im Namen des Wirtschaftsrats und seiner Mitarbeiter.

Ihr großer Zuspruch zu dieser Veranstaltung hat uns in der Tat überwältigt. Das zeigt: Die Menschen suchen Orientierung in der Krise. Und wenn es um Krisenorientierung geht, kommen die Menschen in der Krise zum Wirtschaftsrat, und zwar insbesondere dann, wenn er eine Veranstaltung gemeinsam mit der FDP macht.

In diesem Sinne ein ganz herzliches Willkommen an Sie, Herr Westerwelle.

Ich habe einmal in den Annalen des Wirtschaftsrats nachgeschaut und festgestellt, dass es viele Gemeinsamkeiten in der Wirtschaftspolitik gibt. Die Gremien von FDP und Wirtschaftsrat treffen sich. Wir stehen in regelmäßigem Kontakt. Wir laden FDP-Bundestagsabgeordnete zu unseren Bundesfachkommissionen ein. Aber eine Veranstaltung wie die heutige, eine gemeinsame Plattform, hat es bisher in der Geschichte des Wirtschaftsrates nicht gegeben. Deshalb freuen wir uns über dieses Erst-Event ganz besonders.

Herr Westerwelle, lassen Sie mich mit einem kleinen humorvollen Ausblick beginnen. Wie es aussieht, können

Sie Ihre Schuhe mit den 18 Prozent bald wieder aus dem Regal holen und mit frischer Farbe möglicherweise „18 plus X“ darauf schreiben. Die FDP ist im Aufstieg begriffen, deshalb eine Bitte: Seien Sie nett zur CDU, denn die CDU ist die Partei, die Ihnen im Moment sehr entgegenkommt.

Die Meinungsvielfalt in der CDU, die uns an vielen Stellen besorgt macht, verorten wir im Wesentlichen in den Bundesländern. Insbesondere, Herr Westerwelle – wenn ich das so sagen darf –, in den Ländern, die Schwarz-Gelb regiert werden. Ich glaube, da liegt auch eine gemeinsame Aufgabe, die es zu bewältigen gilt. In dieser Krise wird die bürgerliche Mitte der Gesellschaft sehr getestet. Die Bundestagswahl im September wird der große Test sein, ob sich die Mitte gegen die vereinigte Linke durchsetzen können.

Meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht. Wenn es rechnerisch nach dieser Bundestagswahl eine Mehrheit für Rot-Rot-Grün geben wird, wird die neue Bundesregierung rot-rot-grün sein. Wir dagegen kämpfen entschieden für Schwarz-Gelb. Deshalb sind wir heute hier zusammengekommen, denn es gibt viele inhaltliche Gemeinsamkeiten.

Aber noch etwas ist heute Anlass für diese Veranstaltung: die junge Generation. Wir wollen sie zusammenbringen. Wir – ich schließe Sie da aus, Herr Westerwelle – die Älteren, kennen noch aus eigener Erfahrung die fruchtbaren Zeiten der Zusammenarbeit in Regierungskoalitionen Schwarz-Gelb. Daraus resultieren viele gemeinsame Erfahrungen, Querverbindungen, Freundschaften und Bekanntschaften. Das fehlt der jungen Generation. Denn die letzte schwarz-gelbe Koalition im Bund liegt elf Jahre zurück. Der jungen Generation fehlt noch die Erfahrung der Zusammenarbeit. Wir wollen dies wieder einüben und damit heute beginnen. Denn ein gemeinsamer Weg muss eingeübt werden.

Die Ausgangslage für einen gemeinsamen Weg ist schwierig geworden. Schwarz-Gelb und die junge Generation stehen vor schwierigsten Herausforderungen. Die globale Finanzkrise ist dabei die größte und drängendste. Diese Krise ist keine Krise, die in den letzten Monaten plötzlich über uns hereingebrochen ist. Diese Krise haben viele Köche in den letzten 15 Jahren sorgfältig gekocht. Deshalb schmeckt die Suppe auch nicht. Der Finanzsektor hatte Anfang der 90er Jahre in den USA ein Schuldenvolumen von etwa 20 Prozent des

Bruttosozialprodukts, im Jahr 2008 waren es 120 Prozent des Bruttosozialprodukts! Die Verschuldung der Haushalte stieg im selben Zeitraum von 50 auf 120 Prozent des Bruttosozialprodukts. Der private Sektor insgesamt ist mit 300 Prozent des Bruttosozialprodukts verschuldet.

Dies hatte zur Folge, dass die Haushalte in den Vereinigten Staaten in den letzten zehn Jahren pro Jahr mehr ausgegeben als eingenommen haben. Diese enorme Kreditexpansion wurde die globale Inbalance, indem große Mengen Geld – man höre und staune – von armen Ländern in reiche Länder transportiert worden sind, insbesondere von China in die USA. Das Beben war eigentlich unvermeidlich. Und es kam dann auch.

Das Epizentrum dieses weltweiten Bebens liegt in den USA, konkret in der Wall Street. Die Wall Street war in hohem Maße kreativ, um dieses Geld, das die Armen in die Vereinigten Staaten transferiert haben, an die Haushalte in Amerika zu verteilen. Sie hat Vehikel konstruiert, hat dieses Geld in Triple-A-Bonitäten verpackt, dann in Scheiben geschnitten, weiter transportiert und verkauft. Danach fielen die Preise, die Papiere wurden giftig, die Nachfrage kollabierte. Das Geld, das in Konsum und eben nicht in Investitionen ging, war einfach weg.

Exportnationen, wie Deutschland, hatten zwar ihre Hausaufgaben gemacht – von den Landesbanken einmal abgesehen –, aber nachdem die Nachfrage im Konsum eingebrochen war, ist im 4. Quartal 2008 auch der Export kollabiert. Deshalb stehen wir heute mit Folgendem da:

Mit kollabierten Preisen bei den Vermögenswerten, einem Finanzsystem, das dabei ist zu desintegrieren, einer Menge giftiger Papiere, einer weltweiten Illiquidität an den Märkten und einer kollabierenden Nachfrage quer über den Globus.

In einer solchen Situation eine gute Ordnungspolitik zu machen, meine Damen und Herren, ist nicht ganz einfach. Dogmatische Lehrsätze helfen nicht. Krisen waren schon immer große Lehrmeister. Dennoch, die Wege aus der Krise heraus dürfen nur Wege sein, auf denen wir auch nach der Krise erfolgreich weitergehen können. Eines ist dabei klar: Staatswirtschaft, Enteignung und volkseigene Betriebe gehören nicht dazu, meine Damen und Herren. Hilflosigkeit aus Prinzipienlosigkeit darf nicht einreißen.

Wir sagen Ja zur Rekapitalisierung der Banken, notfalls auch zur Wandlung von Schulden in Eigenkapital. Das muss und das wird dann aber auch reichen - vorausgesetzt, es gibt eine gute Koordination zwischen den Regierungen in der Europäischen Gemeinschaft und innerhalb der G20-Staaten.

Meine Damen und Herren, ich bin ja relativ unverdächtig, als Stimme des Wirtschaftsrates immer einer Meinung mit der Bundeskanzlerin zu sein. Lassen Sie mich aber drei Punkte mal hervorheben.

Der erste ist: Die Kanzlerin hat sich an die Spitze der weitweiten Koordinierung für Maßnahmen zur Korrektur der Finanzmärkte gesetzt. Das ist sehr bemerkenswert und das macht sie gut. Wir sind da auf einem guten Weg.

Der zweite ist: Die Bundeskanzlerin hat bislang jeder Versuchung des Protektionismus widerstanden. Das ist für uns als Exportnation enorm wichtig.

Und drittens hat sie im Inland, was die Konjunkturpakete und die Maßnahmen im Bankensektor angeht, mit Augenmaß und zum günstigen Zeitpunkt reagiert.

Das muss auch mal gesagt werden. Wir stehen im Moment, gemessen an unseren Nachbarn in Europa, durch diese Führung besser da als andere Staaten. Wir sollten deshalb unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Auch wenn wir im Detail durchaus in einigen Dingen andere Meinungen haben, stimmt das Gesamtbild.

Natürlich brauchen wir nach der Krise auch eine deutlich bessere Regulierung der Banken und dazu aller Finanzinstitutionen. Die Vorschläge zum Rating, zur Retention, also dem Einbehalt bei syndizierten Produkten, zum Handel von Derivativen an der Börse, zur einheitlichen Bankenaufsicht im Euro-Raum, zur Boni-Orientierung der Manager an Langzeiterfolgen und nicht kurzfristig, zur Reform der Rechnungslegung – alles ist bereits auf dem Weg. Hier besteht weitgehend Konsens oder er bildet sich gerade. Deshalb ist es wichtig, diesen Weg überlegt weiterzugehen.

Wir sollten die Krise nicht dazu benutzen, veraltete Strukturen zu erhalten, die nicht überlebensfähig sind. Damit bin ich beim Thema Opel. Lassen Sie mich dazu einige Sätze sagen:

Die Wahl stellt sich mir so dar: Entweder, wir sehen hier ein schnelles Ende aus eigener Kraft, oder einen langsamen, schmerzhaften Prozess des Leidens über viele Jahre hinweg – der enorme Summen an Steuergeldern kosten wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dazu eins klar sagen: Ein solcher Prozess wäre lähmend für die Mitarbeiter – für alle, die davon betroffen sind. Ich sage auch: Hier spricht kein kaltes Herz. Es gehört zu meinen schlimmsten Entscheidungen und Stunden als Manager, wenn ich zu entscheiden hatte, eine größere Anzahl an Mitarbeitern zu entlassen. Das schmerzt. Das tut in der Seele weh. Das geht niemandem leicht von der Hand. Natürlich hat man die betroffenen Familien vor Augen – der Vater arbeitslos, die Familie trifft sich morgens zum Frühstück – Vater, Mutter und die beiden Kinder. Die Kinder gehen dann zur Schule, der Vater bleibt zu Hause.

Dennoch ist neben der Emotion und der Berührtheit auch die notwendige Prüfung eines Businessmodells notwendig. Die Prüfung würde um folgende Fragen und Fakten einfach nicht herumkommen:

General Motors hat sorgfältig ausgeklügelt in den letzten 80 Jahren einen Produktionsverbund aufgebaut, in dem Opel ein integraler Bestandteil ist. Eine Herauslösung aus diesem Produktionsverbund von einem auf den anderen Tag oder über zwei, drei Jahre ist nicht möglich. Das heißt, Opel würde sich in eine Scheinselbständigkeit begeben.

Ganz zentral ist das Thema Transferpreise. Was sind Transferpreise? Ich war in einem Automobilkonzern für die Finanzen verantwortlich. Daimler hatte damals 40 Werke weltweit, die unterschiedliche Komponenten produzierten. General Motors setzt die Transferpreise für Komponenten fest, auf die Opel angewiesen ist. Opel bräuchte weiterhin aus den Werken von General Motors Achsen, Getriebe, Achsschenkel, Elektromotoren, Kondensatoren für die Klimaanlage, Differenziale, teilweise sogar Motoren. General Motors würde dann Opel für jedes dieser Teile eine Rechnung stellen. Diese Rechnung kann man entweder mit Vollkosten stellen plus einem kleinen Gewinnzuschlag von ein bis drei Prozent – und daran ist nichts Unanständiges - oder als Deckungsbeitragsrechnung.

Die Wirtschaftsprüfer werden Ihnen sagen: Alle diese Möglichkeiten der Verrechnung sind korrekt. Aber nur bei Vollkosten sind auch die Abschreibungen mit drin. Das

hieß, die Mittel des deutschen Steuerzahlers landeten unvermeidlich in den Kassen von General Motors. Es sei denn, General Motors gäbe sich mit Verlusten ab.

Was ich damit sagen möchte, ist: In den nächsten fünf bis zehn Jahren wird General Motors den Gewinn von Opel aufgrund dieser Konstruktion bestimmen und nicht Opel, unabhängig davon, wie gut die Arbeiter sind, und unabhängig davon, wie gut das Management bei Opel sein wird. Da liegt ein großes Problem für den deutschen Steuerzahler.

Ein weiteres Problem ist die Modellpolitik des Unternehmens: Opel hat in den letzten 15 Jahren 50 Prozent seines Marktanteils in Deutschland verloren. Dieser sank von 17 auf acht Prozent. Das heißt, das Unternehmen hat eine falsche Modellpolitik verfolgt. Wer langfristig aus der oberen Fahrzeugklasse aussteigt, verliert den Innovationsträger und kann diese Innovationen dann auch später nicht im Segment der Kleinwagen übernehmen.

Audi, Volkswagen, BMW und Mercedes geben in den nächsten Jahren jeweils fünf Milliarden Euro aus für Forschung und Entwicklung - für neue Technologien - Hybridantrieb, Batterieautobetrieb, elektrisch betriebenes Auto oder das Brennstoffzellenauto. Das ist alles wahnsinnig teuer. Ich möchte wissen, wo Opel das Geld hernehmen will, um mithalten zu können. Bisher liegen Forschung und Entwicklung gebündelt bei General Motors in den USA. Und ich möchte nicht, dass mit dem Geld deutscher Steuerzahlers das schlechte Management von General Motors, durch den Produktionsverbund die Fabriken und die falsche Modellpolitik finanziert werden. Und das sei an dieser Stelle auch einmal gesagt, meine Damen und Herren, über die Strategie wurde im Aufsichtsrat von Opel, im mitbestimmten Aufsichtsrat von Opel, in den letzten 30 Jahren, soweit mir bekannt, immer einvernehmlich entschieden.

Es kann sich also niemand aus der Verantwortung stehlen. Ich habe hohe Sympathie für Herrn Huber, wenn er sich einsetzt für die Opel-Mitarbeiter. Das ist seine Aufgabe, das muss er tun. Er hat meine Sympathie, ebenso wie der Betriebsrat. Aber es gibt harte Fragen inhaltlicher Art zu klären, ob dies dem Steuerzahler zuzumuten ist.

Und eine Frage muss Herr Huber schon beantworten: Wenn es richtig ist - und davon gehen alle Experten aus -, dass es in der Automobilindustrie Überkapazitäten von 15

bis 30 Prozent gibt, dann ist es doch eigentlich nach den Gesetzen des Marktes nicht von der Hand zu weisen, wenn am ehesten der Schwächste in der Krise ausscheidet, weil er über die Jahrzehnte zu viele Fehler gemacht hat. Denn die Frage, die es zu beantworten gilt, ist: Wo sollen die Überkapazitäten sonst abgebaut werden? Bei Volkswagen? Bei Audi, bei BMW? Bei Mercedes? Spielen wir die Arbeiter bei Opel jetzt gegen die von Mercedes aus?

Was wir in der Krise schaffen müssen, meine Damen und Herren, ist, nicht alte Strukturen am Leben zu erhalten, sondern – so hart sich das im Einzelnen anhört – den Weg zu neuen Ufern aufzeigen.

Wir haben uns als Wirtschaftsrat gefragt: Was sind für uns wichtige Punkte? Das ist sicher keine erschöpfende Liste. Ich möchte hier jedoch vier Punkte ansprechen.

1. Gerade in der Zeit, in der die Staatsverschuldung massiv ansteigt, darf das Ziel solider Haushalte nicht aufgegeben werden. Wir müssen sehr bald wieder, wenn die Krise uns aus ihren Pranken entlässt, zurückkehren zu einer soliden Haushaltsfinanzierung.

2. Der jungen Generation und den Leistungsträgern der Mitte darf nicht noch tiefer in die Tasche gegriffen werden. Leistung muss sich wieder lohnen. Die erdrückende Überlast bei Steuern und Abgaben muss beseitigt werden. Der soziale Ausgleich in Deutschland funktioniert derzeit nur auf Kosten der Mittelschicht und zu Lasten der jungen Generation. Das halten wir nicht für richtig.

3. Unser Bildungssystem ist alles andere als leistungsfähig. Es muss in Zukunft den Menschen vor allem das Rüstzeug geben, ihr Leben mit Selbstvertrauen und Tatkraft in die eigenen Hände zu nehmen.

Meine Damen und Herren, wir erleben jetzt in der Wirtschaftskrise, verständlicherweise viele Emotionen. Die Diskussion liefere qualifizierter, wenn wir in den Schulen den Menschen rechtzeitig die wirtschaftlichen Zusammenhänge besser erklärt hätten. Ein bisschen Betriebswirtschaft auch schon in der Grundschule zu lernen ist kein Fehler, und im Gymnasium schon gar nicht. Auch hier müssen wir nachbessern.

4. Deutschland braucht als größtes Industrieland endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Energie- und Klimapolitik. Diese Debatte ist eine der verlogensten, die wir in diesem Land führen. Hier wäre mehr Ehrlichkeit wünschenswert. Ein Dreipersonen-Musterhaushalt muss seit 2003 rund 5.000 Euro im Jahr für Strom, Treibstoff und Gas aufbringen. Davon kassiert 2.400 Euro der Staat. 600 Euro dieses Betrags fließen allein in den Klimaschutz. Mit dem staatlichen Draufsatteln auf die Energiepreise muss Schluss sein! Was wir brauchen, ist ein internationales Klimaschutzabkommen. Denn es ist weder dem Klima noch uns damit geholfen, wenn unsere energieintensive, CO<sub>2</sub>-emittierende Industrie aus Deutschland in Schwellenländer wie etwa Indien verlagert wird und dort weiter produziert.

In diesem Sinne haben wir die Krise auch als Chance zu sehen – auch wenn wir sie uns natürlich nicht gewünscht haben. Aber jetzt, wo wir mitten drin stecken und durch müssen, sollten wir sie richtig nutzen!

Lassen wir uns nicht davon abbringen, dass die Soziale Marktwirtschaft nach wie vor das Konzept ist, das auch nach der Krise das Land solide in die Zukunft führen kann. Hier liegen unsere Gemeinsamkeiten mit der FDP. Das wissen wir aus vielen Gesprächen. Deshalb machen wir heute diese Veranstaltung, zu der wir Herrn Westerwelle ganz herzlich begrüßen möchten: Schön, dass Sie da sind. Sie haben das Wort.